

denen teilnehmen dürfen (Art. 2). Ein Entwurf der Regierungspartei zur Verlängerung der Legislaturperiode des Gesetzgebungsorgan von drei auf vier Jahre, um sie der Amtsperiode des Staatspräsidenten anzupassen, wurde abgelehnt.

Die Verfassung der Republik China ist eigentlich eine Mischkonstruktion von parlamentarischer und präsidentieller Demokratie. Durch die neue Verfassungsänderung hat sich das dualistische Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten als Staatsoberhaupt und dem Ministerpräsidenten als Regierungschef sowie der Gegensatz zwischen der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungsorgan eher weiter verschärft als vermindert.

Seit 1991 sind die Ergänzungs- und Änderungsartikel dreimal geändert worden. Die neue Änderung umfaßt insgesamt zehn Artikel, acht Artikel weniger als in der vorhergehenden Fassung, wobei die ursprünglichen Artikel 11-18 nicht aufgehoben wurden - was als großes Versäumnis angesehen wird. [Text der neuen Verfassungsänderung in Chinesisch ist im Dokumententeil dieses Heftes abgedruckt.] -ni-

* (34) Wiederbelebte Investitionstätigkeit aus dem Ausland

Nach vier Jahren mit rückläufiger Entwicklung sind die von Taiwan genehmigten Investitionen aus dem Ausland im 1. Halbjahr d.J. wieder kräftig gestiegen. Ihr Umfang betrug 639,1 Mio.US\$, 49% mehr als im Vergleichszeitraum 1993, wovon 580,3 Mio.US\$ auf Investitionen von Ausländern entfielen und 58,8 Mio. auf die von Überseechinesen. Unter den Ausländern hatten die japanischen Investitionen mit einem Volumen von 153,3 Mio.US\$ einen Anstieg von 101% und die amerikanischen mit 107,2 Mio.US\$ einen Anstieg von 118% zu verzeichnen. Bei den überseechinesischen Investitionen nahmen die aus Hongkong mit 22 Mio.US\$ um 508% zu. Die Investitionen von Überseechinesen aus Singapur, die vor einem Jahr bei Null gelegen hatten, beliefen sich im 1. Halbjahr 1994 auf 598.000 US\$, während die überseechinesischen Investitionen aus Japan, den Philippinen und den USA gesunken sind.

Auch die Auslandsinvestitionen Taiwans haben im gleichen Zeitraum erheblich zugenommen, sie betragen

936,25 Mio.US\$, 54% mehr als im 1. Halbjahr 1993. Darüber hinaus genehmigte Taiwan Investitionen auf dem chinesischen Festland in Höhe von 434,7 Mio.US\$. Im einzelnen beliefen sich die Investitionen Taiwans im 1. Halbjahr d.J. in Malaysia auf 103 Mio.US\$, ein Anstieg von 145% gegenüber dem Vergleichszeitraum, in Singapur auf 35 Mio.US\$ (+114%), in Thailand auf 39 Mio.US\$ (+103%), in den Philippinen auf 6,5 Mio.US\$ (+76%) und in Vietnam auf 31 Mio.US\$ (+3%). Hingegen sind sie in Indonesien - vermutlich aufgrund der antichinesischen Unruhen dort - um 53% auf 5,7 Mio.US\$ gefallen. (LHB, 15.7.94; FCJ, 22.7.94) Es wird erwartet, daß Taiwans Investitionen in Südostasien bis Ende d.J. kumulativ die 15-Mrd.US\$-Marke überschreiten werden. (FCJ, 29.7.94) -ni-

Hongkong und Macau

* (35) Politischer Tiefdruck über Hongkong

Die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes für mehr Demokratie bei den kommenden Hongkong-Wahlen 1994-95, den letzten unter der britischen Kolonialregierung, Ende Juni durch den Legislativrat hat, wie berichtet (C.a., Juni 1994, Ü 32), die chinesische Regierung in Beijing, die 1997 Hongkong zurücknehmen wird, sehr verärgert. Zur Aufbesserung des politischen Klimas besuchte der für Hongkong zuständige Staatsminister im britischen Außenministerium, Alastair Goodlad, vom 14. bis 20. Juli China. Während Goodlad das Ergebnis seines Besuchs als positiv bezeichnete, dämpfte die chinesische Seite seine optimistischen Äußerungen und warf den Briten vor, zur Irreführung der Öffentlichkeit bewußt einen falschen Eindruck zu erwecken. Sein Wunsch nach einem Treffen mit dem Direktor des dem Staatsrat unterstehenden Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau, Lu Ping, wurde schlichtweg abgelehnt. Bei seinen Gesprächen mit Außenminister Qian Qichen und Vizeaußenminister Jiang Enzhu fand der britische Vorschlag, trotz politischer Uneinigkeit in bezug auf Hongkong über Zusammenarbeit in anderen Gebieten zu reden, keine Zustimmung. Qian verlangte von den Briten Zusammenarbeit in allen Bereichen, also

Rücknahme der politischen Reformen in Hongkong. (DGB, 16.-22.7.94; SCMP, 16.7.94; FT, 16.-18.7.94; IHT, 21.7.94)

Offenbar infolge des politischen Tiefdrucks steigt in der Bevölkerung wieder verstärkt die Nachfrage nach britischen Pässen. Chancen bestehen nur noch für 13.000, aber 42.000 Anträge wurden eingereicht. (IHT, 13. und 14.7.94) -ni-

* (36) Portugals Verfassungsgericht prüft Auslieferungen von Chinesen von Macau nach China

Portugals Verfassungsgericht hat am 12. Juli die Auslieferung von vier Chinesen mit ausländischen Pässen von Macau nach China vorläufig gestoppt, weil ihnen in China wegen Mord, Drogenhandel und Korruption die Exekution drohen könnte. Die portugiesische Verfassung verbietet Auslieferungen an Länder, deren Gesetze für diese Verbrechen die Todesstrafe vorsehen. In Macau wurden Auslieferungsbegehren Chinas bisher gemäß eines geltenden Gesetzes gehandhabt, das vor der gegenwärtigen Verfassung von 1976 in Kraft trat. Es sieht vor, daß einem Auslieferungsbegehren dann stattgegeben werden kann, wenn Garantien zur Nichtanwendung der Todesstrafe bestehen.

In den vergangenen zehn Jahren wurden Verbrecher von der Polizei in Macau ohne Gerichtsurteil an China übergeben. Seit der Einführung des neuen Justizsystems in der portugiesischen Enklave 1992 und besonders seit Einsetzung eines High Court of Justice i.J. 1993 gilt das gerichtliche Auslieferungsverfahren.

Im o.g. jüngsten Fall wandte sich der Verteidiger der Betroffenen an das Verfassungsgericht in Lissabon, nachdem Macaus oberstes Gericht als bisher höchste Instanz aufgrund der chinesischen Garantien die Auslieferungen bestätigt hatte. Dieses hat nun entschieden, tatsächlich für solche Rekurse zuständig zu sein. Sollten diese rechtzeitig eingereicht werden, darf gegen Ende d.J. ein definitiver Entscheid zu den Auslieferungen erwartet werden.

Auch die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg kümmert sich um diese Sache. Sie will aber erst den letzten Entscheid des portu-

giesischen Verfassungsgerichts abwarten, um dann zu prüfen, ob die europäische Menschenrechtskonvention auch im Falle Macau angewendet werden kann. (NZZ, 15.7.94; SWB, 7. u. 8.7.94)
-ni-

*(37)

Chinas Beteiligung an der Ausgabe der Macauer Währung ab 1995

Auf der 20. Sitzung der sino-portugiesischen Gemeinsamen Liaisongruppe zur Übergabe von Macau (1999), die vom 5. bis 9. Juli in Lissabon stattfand, haben beide Seiten eine Vereinbarung über die gemeinsame Beteiligung der Bank of China und der portugiesischen Bank of Atlantic an der Ausgabe der Macauer Währung ab dem 15. Oktober 1995 unterzeichnet.

Außerdem wurde eine Vereinbarung über den Antrag Macaus auf Mitgliedschaft in der UNESCO (United Nations Education, Scientific and Cultural Organization) und in der INA (International Navigation Association) getroffen.

Weitere Themen wie der im Bau befindliche internationale Flughafen, die Wirtschaftsentwicklung und die soziale Stabilität Macaus wurden auf der Sitzung ebenfalls diskutiert. (XNA, 13. u. 17.7.94)

In den ersten fünf Monaten d.J. stiegen die Exporte Macaus um 4,8% auf 5,1 Mrd. Patacas und die Importe um 3% auf 6,6 Mrd. Patacas. Damit wies die Handelsbilanz ein Defizit von 1,5 Mrd. Patacas (187,9 Mio. US\$) auf. (AWSJ, 15./16.7.94)

Im Fremdenverkehr, einem wichtigen Sektor in der Wirtschaft Macaus, hatte die Zahl der Touristen in den ersten vier Monaten d.J. mit 2,64 Mio. gegenüber dem Vergleichszeitraum vom vorigen Jahr eine Steigerung von 1,8% zu verzeichnen. (XNA, 20.7.94)

Im Februar d.J. lag die Arbeitslosenquote Macaus bei 2,8%; 40% der Arbeitslosen sind Arbeiter technischer Berufe. (XNA, 23.7.94) Offiziellen Statistiken von 1992 zufolge hat Macau 390.000 Einwohner, 97% davon sind Chinesen. (XNA, 27.7.94) -ni-

Korrektur:

Im Juni-Heft von C.a., Ü 32, S.578, Zeile 26, heißt es "2,7 Mio. individuelle Mitglieder".

Oskar Weggel

Li Peng auf Deutschlandbesuch:

Pannen und blankliegende Nerven

Vom 3. bis 9. Juli 1994 besuchte der chinesische Ministerpräsident Li Peng Deutschland - und zwar im Rahmen einer Europareise, die ihn zuerst nach Österreich geführt hatte und die dann im Anschluß nach Rumänien weiterging.

Zu Lis Begleitung gehörte seine Ehefrau Zhu Lin, ferner Vizepremier Li Lanqing und drei weitere Kabinettsmitglieder sowie die Chefs von 30 größeren chinesischen Staatsbetrieben.

1 Der politische Teil der Visite: "stille Diplomatie" und Wirtschaftsgespräche

In Bonn wurde Li mit militärischen Ehren empfangen.

Die politischen Gespräche begannen am Montag, den 4. Juli. Im Mittelpunkt standen Treffen mit Kanzler Kohl und Außenminister Kinkel, die beide eine politische Linie fortsetzten, welche sie bereits bei ihren Besuchen in der Volksrepublik China 1993 eingeschlagen hatten, indem sie nämlich auf langfristige Verbindungen, Wirtschaftsbeziehungen und "stille Diplomatie" abstellten, ohne den Gesprächspartner, den man sich ja nicht aussuchen kann, auf die Anklagebank zu setzen. Die "Menschenrechts"-Frage sollte zwar angesprochen, aber nicht, wie einige Politiker - unter ihnen vor allem Geißler und Pflüger - es forderten, in den Mittelpunkt gestellt werden.

Im Laufe des Tages kam Li Peng auch mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Scharping zusammen, der dem chinesischen Politiker eine Namensliste verfolgter chinesischer Oppositioneller überreichte.

Am Rande des Bonner Regierungsviertels kam es vereinzelt zu Protestaktionen von Menschenrechtsgruppen. Eine Tibet-Initiative forderte z.B., die wirtschaftliche Zusammenarbeit von einer Einhaltung der Menschenrechte in China und von der Tibet-Politik Beijings abhängig zu machen.